

Aus dem Staub machen

Weil Krefeld keinen Luftreinhalteplan erstellen möchte, sollen 20 Anwohner umziehen

KREFELD • Zwischen rollenden Lastern und rauchenden Schloten liegt für Familie Roth ihr kleines Paradies – aus dem sie bald vertrieben werden sollen.

Eine einzelne Häuserreihe mitten im Industriegebiet Krefeld-Hafen. Hinten fließt der Rhein, vorne der Schwerkraftverkehr.

Auf dem Parkplatz gegenüber hat das Landesumweltamt ein Jahr lang gemessen und festgestellt: Die Luft ist schlecht. Am 50. Tag wurde der Grenzwert für Feinstäube überschritten. Deshalb musste die Stadt Krefeld nach der neuen EU-Richtlinie einen Luftreinhalteplan aufstellen. Müsste den LKW-Verkehr zeitlich einschränken, Firmen davon überzeugen, Filter einzubauen.

Die Kommune hat einen anderen Weg gefunden. Sie hat die ehemaligen Henkel-Häuser aufgekauft und sie-

delt die 20 Mieter um. „Sobald da niemand mehr wohnt, gibt es keinen Handlungsbedarf mehr“, sagt der Leiter des Umweltamts, Helmut Döpcke. Keine Anwohner, kein Luftreinhalteplan.

Die federführende NRW-Umweltministerin Bärbel Höhn lehnt diese Idee ab: „So dürften Umweltschutzauflagen nicht umgesetzt werden. Leider können wir die Stadt von ihrem Plan nicht abhalten.“

Alle müssen raus

Seit über 30 Jahren wohnen Karla und Manfred Roth in Haus Nummer Zehn. „Und das war für immer gedacht“, sagt Karla Roth. Die 59-Jährige schüttelt traurig den Kopf. Jetzt müssen alle Mieter in acht Jahren raus. „Weil das für uns hier nicht mehr zumutbar wäre“, erzählt die Hausfrau und lacht verbittert. „Die Luft war viel

schlechter als wir hier einzuogen.“ Sie erzählt von Strumpfhosen, die sie draußen zum Trocknen aufhängte und durchlöchert wieder abnahm und von Bäumen, die über Nacht ihre Blätter abwarfen. Aber Familie Roth hat sich nie beschwert: „Wir wussten, dass wir in einem Industriegebiet wohnen und Abstriche machen müssen.“

Aber die Stadt Krefeld möchte keine Abstriche machen. Umweltamts-Chef Döpcke sagt: „Die Häuser stehen einer Hafenentwicklung langfristig sowieso entgegen.“ Und dann sei das eine Güterabwägung. Im Hafen arbeiteten hunderte Menschen, Millionen Euro würden umgeschlagen. „Da kann man doch besser mit relativ geringem Aufwand 20 Menschen eine bessere Wohnsituation anbieten als in den Hafen nur noch LKW zu lassen, die einen Rußpartikelfilter haben.“

Der kleinen Bevölkerungsgruppe entstehe kein Nachteil – außer, dass sie ihre Heimat verlöre.

Eislaufen im Garten

Das Ehepaar Roth hätte ihr Haus gerne selbst gekauft. „Und von den anderen 18 ist auch niemand, der sagt, wir gehen einfach,“ sagt der 67-jährige Manfred Roth.

Der ehemalige Maschinenbaumeister ist seit seinem Ruhestand am liebsten in dem riesigen Garten unterwegs, den er auch bei Hochwasser schön findet. „Was besseres gibt es doch nicht. Im Sommer konnte hier unsere Tochter schwimmen und im Winter Eis laufen.“ Das wird in Zukunft alles anders sein. Und es ist eine Zukunft, die Karla Roth Angst macht. „Dass wir uns wehren ist selbstverständlich.“ Dass das etwas bringt, daran glaubt sie nicht. ■ Nadine Hiller

Castrop-Rauxel

- **Problem** ist hier das krebserregende Benzol. Hauptverursacher soll das Chemie-Unternehmen Rütgers sein.
- **Plan** ist noch nicht ausgearbeitet. Der Verursacher muss noch bestätigt werden. Ende Januar finden die ersten Gespräche mit allen Beteiligten statt.

Düsseldorf

- **Problem** sind vor allem Stickoxide, aber auch Feinstäube. Hauptverursacher ist der Verkehr. Der Fokus liegt auf der vierspurigen Corneliusstraße.
- **Pläne** sind teilweise erstellt: Umstellung der städtischen Fahrzeuge und Busse auf emissionsarme Betriebsarten, Durchfahrverbot für Lastwagen über 3,5 Tonnen, Vermeidung von „stop and go“: längere Grünphasen, weniger Möglichkeiten zum Linksabbiegen, kein Parken in zweiter Reihe.

Hagen

- **Problem** sind Feinstäube und Stickoxide, Hauptquelle ist der LKW-Verkehr. Besonders auf dem Graf-von-Galen-Ring.
- **Pläne** sind erstellt: Entwicklung eines Prognosemodells, das ausrechnet, wann Grenzwerte überschritten werden. Dann wird die Innenstadt zeitlich für LKW gesperrt und Umleitungen angezeigt. Vermeidung eines kompletten Fahrverbots und dennoch Einhaltung der Grenzwerte. Außerdem Umrüstung der Busflotte auf Erdgas, Aufbau eines Paket-Liefer-Services mit Elektro-Fahrzeugen und Fahrrädern, Umsiedlung von Logistik-Unternehmen aus der Innenstadt in Industriegebiete.

Duisburg

- **Problem** sind die Feinstäube in Duisburg-Hüttenheim und -Bruckhausen. Der Hauptverursacher ist die Industrie.
- **Pläne:** Der Luftreinhalteplan für Bruckhausen ist schon erstellt und teilweise umgesetzt. ThyssenKrupp als Hauptverursacher hat 60 Millionen Euro eingesetzt, um Schadstoffe zu senken: Die alte Kokerei wurde geschlossen und an anderer Stelle neu aufgebaut, Absauganlagen wurden eingebaut. Der



Ein Hochofen an einem Hüttenwerk im Duisburger Nor-

■ Nach Messungen aus dem ersten Halbjahr 2004 haben weitere Städte zumindest in Stadtteilen die Grenzwerte für Feinstaub phasenweise überschritten. Das heißt, auch hier könnte sich für die Kommunen eine **Notwendigkeit für Luftreinhaltepläne** ergeben, soweit keine wesentliche Verbesserung der Luftqualität eintritt.

Dazu zählen im Ruhrgebiet **Bochum-Stahlhausen, Bottrop-Welheim, Dortmund-Eving, Essen-Vogelheim, -Frillendorf und -Ost, Gelsenkirchen-Bismark und Mülheim-Styrum.**

Weiter sind in NRW Aachen, Mönchengladbach und Overath betroffen.

■ 35 Mal im Jahr darf laut EU der Grenzwert für Feinstäube und Stickoxide überschritten werden. Gerade in Bezug auf Feinstaub lässt die EU in Zukunft nicht mehr mit sich reden. Schon im Jahr 1999 wurde der Grenzwert für Feinstäube auf **40 Mikrogramm** pro Kubikmeter festgelegt. Drei Jahre später wurde er in deutsches Recht umgesetzt, mit dem Stichtag 1. Januar 2005. Von diesem Zeitpunkt an werden die Grenzwerte immer weiter herabgesetzt, was die Situation für viele Städte Nordrhein-Westfalens schwieriger macht. Denn auch wenn die Kommunen bisher knapp an den Grenzwerten vorbeischrammten, werden sie diese in Zukunft überschreiten und ebenfalls Luftreinhaltepläne ent-

Einhaltung der Grenzwerte kann eingeklagt werden

BUND sieht das Land in der Verantwortung

Düsseldorf ■ Von einer „revolutionären Richtlinie“ spricht Dirk Jansen vom Bund für Naturschutz und Umwelt (BUND) NRW. Denn die Luftqualitätsrahmenrichtlinie der EU sei ein Beitrag zum vorsorgenden Gesundheitsschutz der Bürger. Der Geschäftsführer kritisiert jedoch, dass sich die Diskussion um schädliche Feinstaub-Werte auf die „vermeintlichen Hot Spots“ konzentriere. Denn die Vorgaben der EU erstreckten sich weit darüber hinaus. „Das Land hat die Pflicht, die Feinstaub-Emissionen flächendeckend zu erfassen“, sagt Jansen.

Er ist sich sicher, dass in nächster Zeit weitere Kommunen Luftreinhaltepläne erarbeiten müssen. Das Problem sei, dass oft eine umfassende Datengrundlage fehle.

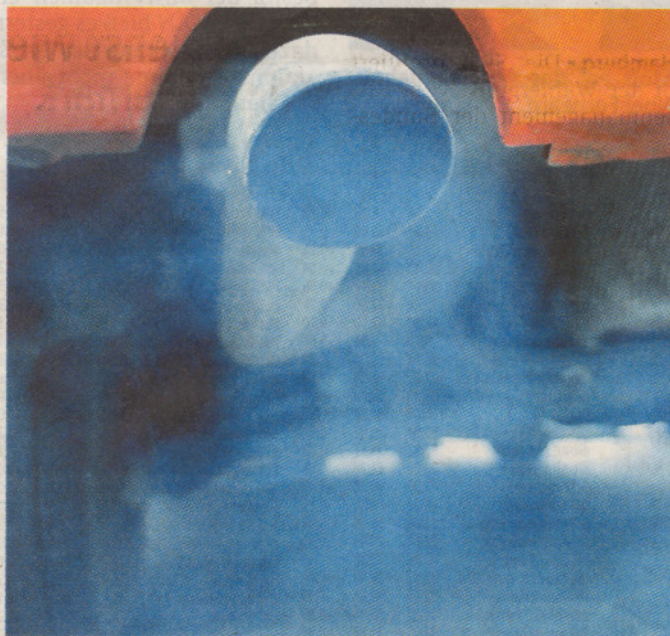
Denn das Land habe nicht genug Messgeräte. „Da gibt es noch einen Nachholbedarf. Aber ansonsten bemüht sich das Umweltministerium darum, seine Hausaufgaben zu machen.“

Die Bemühungen der Kommunen bewertet Jansen als „durchwachsen“. Einige Kommunen wie Hagen verhielten sich vorbildlich, andere weniger, wie etwa Düsseldorf. „Nur mit grüner Welle und Umleitung des Verkehrs löst man kein Problem, man verschiebt es nur.“

Eine Missachtung der Richtlinie könne teuer werden, weil Bürger ihr Recht auf Einhaltung der Grenzwerte einklagen können. Jansen: „In Düsseldorf und Hambach haben wir schon Leute, die bereit sind, vor Gericht zu ziehen.“ ■ nh

Feinstäube und Stickoxide

Feinstäube gehören zu den gefährlichsten Schadstoffen. Die ultrafeinen Partikel sind unsichtbar und setzen sich in der Lunge fest. Sie verursachen Krebs und führen zu Atemwegs- und Herz-Kreislauf-Erkrankungen. Der Hauptverursacher ist der Straßenverkehr mit dem Dieselausstoß durch Auspuffgase und der Abrieb der Reifen auf rauem Asphalt. **Stickoxide** führen in höherer Konzentration zur Reizung von Atemwegen und Schleimhäuten. Auch hier sind die Hauptquellen die Auspuffgase.



Hauptverursacher für Feinstäube und Stickoxide in der Luft sind die Autoabgase.

Foto: dpa